



MEDIENMITTEILUNG

Bern, 28. Mai 2026

## Neue Stiftung «Schweizer Perspektiven in Europa» – Erste Studie: 10 Jahre nach dem Brexit

*Die neu gegründete Stiftung «Schweizer Perspektiven in Europa» hat heute in Bern ihre Ziele und erste Projekte vorgestellt - eine wissenschaftliche Studie zehn Jahre nach dem Brexit-Votum und einen Podcast über das Erfolgsmodell Schweiz. Die Stiftung will regelmässig sachliche Beiträge liefern zur Rolle der Schweiz in Europa. Sie ist überparteilich und neutral.*

Anlass zur Gründung der Stiftung im März 2026 sind die gravierenden geopolitischen Veränderungen, die Europa und die Schweiz herausfordern. Für das laufende Jahr hat die Stiftung «Schweizer Perspektiven in Europa» drei inhaltliche Schwerpunkte gesetzt: das Erfolgsmodell Schweiz, eine Analyse zehn Jahre nach dem Brexit sowie die innere und äussere Sicherheit. Die Stiftung arbeitet eng mit Universitäten und wissenschaftlichen Institutionen zusammen und will zur informierten demokratischen Meinungsbildung beitragen. In einer direkten Demokratie sind Kenntnisse über Zusammenhänge und Hintergründe eine zentrale Voraussetzung für gute Entscheidungen.

### Erste Studie: Zehn Jahre Brexit – Bilanz und mögliche Schlüsse für die Schweiz

Zehn Jahre nach dem Entscheid des britischen Volkes die EU zu verlassen (Brexit Abstimmung am 23. Juni 2016), hat die Stiftung beim Europa Institut der Universität Zürich ihre erste Studie in Auftrag gegeben. Prof. Tobias Lock (National University of Ireland Maynooth) und Dr. Jan Atteslander (Ökonom) messen die Folgen des Brexits an den Versprechen der «Vote Leave»-Kampagne in den Bereichen Souveränität, Wirtschaft und Migration. Dabei zeigt sich:

**Souveränität:** Der Austritt aus dem Binnenmarkt ist vollzogen, doch der Preis war hoch. London akzeptierte mit dem Nordirland-Protokoll faktisch eine Zollgrenze in der Irischen See und musste der EU Fischereirechte in britischen Gewässern bis 2038 gewähren. Von rund 9'000 EU-Rechtsakten wurden bis heute lediglich 2'000 aufgehoben; rund 7'000 bleiben in Kraft. In Umfragen bezeichnen 61 Prozent der Britinnen und Briten den Brexit heute als Fehler.

**Wirtschaft:** Das britische Bruttoinlandprodukt liegt 2025 schätzungsweise 6 bis 8 Prozent unter dem Niveau, das es bei einem Verbleib in der EU hätte. Die ausländischen Direktinvestitionen sind um 12 bis 18 Prozent zurückgegangen, Beschäftigung und Produktivität je um 3 bis 4 Prozent. Besonders hart traf es die Landwirtschaft mit Einkommensverlusten von bis zu 50 Prozent. Trotz formaler Zollfreiheit brachen die Warenexporte in die EU wegen neuer technischer Handelshemmnisse um 27 Prozent ein.

Die versprochene «Brexit-Dividende» blieb aus: Die Staatsverschuldung überstieg erstmals seit den 1960er-Jahren 100 Prozent des BIP. Im Oktober 2024 musste London Steuererhöhungen im Umfang von 40 Milliarden Pfund beschliessen. Auch die berühmten «350 Millionen Pfund pro Woche für den NHS» erwiesen sich als Kampagnenversprechen ohne fiskalische Grundlage.

**Migration:** Trotz Ende der Personenfreizügigkeit erreichte die Nettozuwanderung 2023 mit 944'000 Personen einen historischen Höchstwert. Nach Verschärfungen sank sie zwischen Juni 2024 und Juni 2025 auf 204'000. Vollständig verändert hat sich die Herkunft der Zuwandernden: Während 2016 noch 44 Prozent aus der EU kamen, sind es heute nur noch 9 Prozent. 75 Prozent stammen mittlerweile aus Nicht-EU-Staaten. Zwischen Juni 2024 und Juni 2025 verliessen netto rund 70'000 EU-Bürgerinnen und EU-Bürger mehr das Land als zuwanderten.

**Lehren für die Schweiz?** Die Schweiz steht vor einer anderen Ausgangslage als das Vereinigte Königreich, die Brexit-Erfahrung liefert trotzdem konkrete Anhaltspunkte für die Schweiz. Mit ihrem doppelt so grossen Industrieanteil (20 statt 10 Prozent BIP) ist die Schweiz noch stärker von technischen Handelsbarrieren betroffen als das Vereinigte Königreich. Regulatorische Autonomie führt in einer vernetzten Wirtschaft zu Mehrkosten für KMU und die Schweiz hätte als kleinere Volkswirtschaft eine schwächere Verhandlungsposition als das G7-Mitglied UK ohne die Bilateralen Verträge mit der EU.

### **Neuer Podcast «Schweizer Perspektiven»: Geschichte als Kompass**

Parallel zur Studie lanciert die Stiftung den Podcast «Schweizer Perspektiven». In der ersten Folge gibt der Berner Historiker Prof. em. André Holenstein, Mitglied des Stiftungsrats, im Gespräch mit Priscilla Imboden, Journalistin der Republik, Einblick in die historischen Voraussetzungen für das Erfolgsmodell Schweiz. Der Podcast soll künftig als Plattform für die Vertiefung von Studien, Analysen und grundsätzlichen Debatten der Stiftung dienen.

### **Neue Stiftung: Politisch neutral und überparteilich für eine offene Schweiz**

Der Stiftungsrat setzt sich zusammen aus Christine Beerli, ehemalige Ständerätin des Kantons Bern, Prof. em. André Holenstein, Historiker und ehemaliger Professor an der Universität Bern, sowie Dr. Hans Werder als Präsident. Gemäss Statuten setzt sich die Stiftung «in politisch neutraler und überparteilicher Weise für ein offenes, partnerschaftliches und zukunftsorientiertes Verhältnis zwischen der Schweiz und Europa» ein.

Kontakt: [info@stiftung-spe.ch](mailto:info@stiftung-spe.ch)

Hans Werder                      031 333 14 12

Christine Beerli                 079 414 17 06